

Britenviertel: Stadt verliert vor Gericht

Detmold (jab). Im Rechtsstreit über den Kaufpreis für die großen Mehrfamilienhäuser rund um die Adenauerstraße im früheren Britenviertel hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) vor dem Verwaltungsgericht in Minden Recht bekommen. Will die Stadt Detmold die Gebäude kaufen, muss sie 12 Millionen Euro mehr bezahlen als sie möchte.

Bei dem Streit ging es darum, welche Bewertungsgrundlage zur Ermittlung des Kaufpreises herangezogen wird. Während die Stadt dabei auf das Nutzungskonzept für das Viertel abzielt, so wie es nach ihren Angaben auch bei anderen Projekten geschieht, will die Bima den Bestandwert zugrunde legen.

Das Verwaltungsgericht hat laut einer Sprecherin in dieser „Einzelfallentscheidung“, die sich nicht pauschal auf andere Kommunen übertragen lasse, die Annahme der Bima bestätigt – aus drei Gründen. Die Wohnbebauung sei in die restliche Wohnbebauung eingliedert und die Wohnnutzung sei nicht auf Soldaten eingeschränkt. Außerdem zöge das Argument, dass die Modernisierung Störpotenzial böte, nicht, da es auch andernorts Modernisierungen gebe.

„Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts führt dazu, dass die Stadt Detmold eine gute Stadtentwicklung nur mit erheblichen finanziellen Mitteln umsetzen könnte“, heißt es aus dem Rathaus. Wie hoch der Kaufpreis, den die Bima für die besagten Mehrfamilienhäuser veranschlagt hat, genau ist, war gestern nicht zu erfahren.

Die Gesamtsumme für alle Gebäude und Grundstücke im ehemaligen Britenviertel liegt bei 28,5 Millionen Euro. Bereits beschlossen ist, dass die Stadt für rund 6,4 Millionen Euro Häuser und Flächen an der Niedersachsen-, der Immelmann- und der Eckenerstraße ankaufte. Was die besagten Mehrfamilienhäuser angeht, will die Verwaltung nun erwägen, das Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster fortzusetzen.